



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>  
<http://www.cdus.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 17. Juli 2007

Inge Gräble (EVP-ED/CDU):

## **Bundesregierung muss den Weg für nationale Verwaltungserklärungen freimachen**

"Die deutsche Bundesregierung muss endlich ihre Blockadehaltung gegen die nationalen Verwaltungserklärungen aufgeben und damit für Fortschritte in der Europäischen Union bei den Erklärungen über die Verwendung der EU-Mittel in den Mitgliedsstaaten sorgen". Dies forderte die EVP-ED-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräble, in Brüssel.

"Die Bundesregierung bringt mit ihrem stoischen Nein die gesamte EU und das föderale System, das für das Nein erhalten muss, in Verruf", so die CDU-Europaabgeordnete weiter. Dabei hätten Vertreter des deutschen Bundesrechnungshofs heute vor dem Haushaltskontrollausschuss ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, die Legalität, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einer von der Bundesregierung abzugebenden nationalen deutschen Verwaltungserklärung zu prüfen.

Nationale Verwaltungserklärungen über die in den Mitgliedsstaaten verausgabten EU-Mittel sind seit April 2006 Beschlusslage im Rat. "Durch das deutsche Nein hat sich die Kommission bis jetzt nicht getraut darzulegen, wie eine solche Erklärung auszusehen hat, welche Inhalte und welchen Umfang sie haben muss. Jetzt hat die EU-Kommission wieder den schwarzen Peter, obwohl die wahren Probleme in den Mitgliedsstaaten liegen. Die Kommission ist deshalb gefordert, Artikel 44 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom April 2006 endlich umzusetzen und die notwendigen Vorarbeiten zu leisten. Seit heute ist klar, dass föderale Vorwände nicht gelten", betonte Inge Gräble abschließend.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Inge Gräble, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868**